

Rede von Kurt Schumacher über die Politik der Sozialdemokraten für Deutschland und Europa (Hamburg, 21.-25. Mai 1950)

Legende: Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg spricht sich der Parteivorsitzende Kurt Schumacher gegen einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland (BRD) zum Europarat aus. Was die Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai angeht, befürwortet Schumacher die Vorschläge des französischen Außenministers, fügt jedoch hinzu, dass der Plan an sich noch ungewiss ist.

Quelle: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1954 in Hamburg. Bonn: Vorstand der SPD, 1950. p. 63-84.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_kurt_schumacher_uber_die_politik_der_sozialdemokraten_fur_deutschland_und_europa_hamburg_21_25_mai_1950-de-e0daa5f4-6370-44c4-9f27-d65d5e76d816.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Kurt Schumacher über die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa (Hamburg, 21.-25. Mai 1950)

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen!

Dieser vierte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 findet Aufmerksamkeit deswegen, weil die aktiven Faktoren der deutschen Politik aus dem Stadium des mehr Programmatisch-Deklamatorischen in die Phase der Mitwirkung und der Mitverantwortung getreten sind. Aber tatsächlich hat diese Partei, die wir repräsentieren, von 1945 an wirkliche politische Entscheidungen gefällt, Entscheidungen, die für das politische Gesicht unseres Landes und in manchen Fragen auch darüber hinaus außerordentliche Bedeutung hatten. Dabei ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer von der Voraussetzung ausgegangen, daß Deutschland als Ganzes nicht aufgehört hat, als Staat zu existieren, keinen Moment aufgehört hat, als Staat zu existieren! (Sehr richtig!) Keinerlei Handhabung der Besatzungsmacht und keine Unsicherheit bei eigentlich doch zahlreichen Deutschen über dieses Problem hat uns in dieser Linie irre werden lassen. Alle diese Theorien, von dem Aufhören Deutschlands als Staat, von der Notwendigkeit einer Neugründung Deutschlands durch die Länder sind bereits Geistesgeschichte.

Lebendig ist die ungeschriebene Verfassung unseres Volkes, und die heißt: Deutschland ist als Ganzes beieinander, ist als Staat ein einziges großes Ganzes, unbeschadet der Praktizierung der Dinge durch das Legen kleinerer Bausteine zu diesem großen Ganzen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange noch daran erinnern, daß bei einer Zusammenkunft einer Delegation des Parlamentarischen Rates mit den drei Hohen Kommissaren am 14. April 1949 der Präsident des Parlamentarischen Rates in seinem Auftrag eine Ansprache an die Hohen Kommissare hielt, in der es wörtlich hieß: „Dabei gehen wir davon aus, daß das Besatzungsstatut mit unserer Auffassung über die staatliche Fortexistenz Gesamtdeutschlands übereinstimmt und den Anspruch des deutschen Volkes auf Wiederherstellung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit gewährleistet.“

Der Verfasser dieser Formulierung ist der Sozialdemokrat August Zinn (MdB), und die drei Hohen Kommissare haben mit keinem Worte dieser Darstellung widersprochen.

Die Einheit aber, Genossinnen und Genossen, ist etwas, das weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgeht; es umfaßt die sowjetische Besatzungszone, Berlin, die Gebiete östlich der Oder und Neiße und das Saargebiet. (Beifall.) Legitimiert zum Aussprechen von Ansprüchen und zum Aussprechen von Verzichten aber sind nicht alle Parlamente und parlamentsähnlichen Institutionen, die wir in Deutschland haben. Legitimiert, stellvertretend für das Ganze zu sprechen ist nur das demokratisch gewählte Parlament, konkret gesagt, der Bundestag der Deutschen Bundesrepublik. Das heißt nicht, daß diese Bundesrepublik das ganze Deutschland ist, ebensowenig wie Westeuropa das ganze Europa ist. Aber das heißt, daß wir von den Unterdrückten in Deutschland und Europa den Auftrag haben, für sie zu sprechen, weil unsere Willensbildung aus eigener Erkenntnis und eigenem Willen heraus zustandegekommen ist.

Hier möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung machen. Die heutige Zerreißung Deutschlands ist nicht nur eine nationale Schwächung der Deutschen. Die Illusion, daß ein geteiltes Deutschland ein leicht beherrschbares und ungefährliches Deutschland sei, geht allmählich auch bei den Opportunitätspolitikern und bei den Alliierten zurück. Ein geteiltes Deutschland ist doch ein geteiltes Europa und eine geteilte Welt, mit all den wunden Stellen und Krankheitsherden, die eine solche Zerreißung mit sich bringt. Die Teilung Deutschlands ist ein Unglück für Europa und die Welt, und die Einheit Deutschlands ist die Aufgabe der Demokratie in Europa und der Welt. (Starker Beifall.) Ohne die berechtigten Ansprüche der Alliierten und der überfallenen und ausgeplünderten Völker Europas auch nur mit einem Wort bestreiten zu wollen, müssen wir sagen, jetzt kommt allmählich die Erkenntnis zustande: Eine bloße antideutsche Politik ist eine antieuropäische Politik. (Sehr gut.)

Was jetzt an Erleichterung von seiten der Alliierten dem neuen deutschen Staatswesen gewährt wird, ist begrüßenswert. Wir nehmen es mit offenem Verstand und offenem Herzen an. Aber, Genossen, es ist doch in der Sache der Ausdruck des Unvermeidbaren und Notwendigen, alles dessen, ohne das Westdeutschland

als Staat nicht existieren kann und ohne das es der propagandistischen Konkurrenz des Staatssurrogats von Rußlands Gnaden nicht gewachsen sein würde. Das heißt: Erleichterungen, auch wenn sie in der propagandistischen Scheidemünze des Erfolges dem deutschen Volk von seiner Bundesregierung auf den Tisch gelegt werden, sind keine Erleichterungen und keine Erfolge für die Regierung, die politischen Richtungen der Regierung und die Persönlichkeiten der Regierung. Es sind Erleichterungserfolge, die jeder deutschen Regierung gewährt werden müßten, um Deutschland als Staat demokratisch aktionsfähig für seine Aufgaben nach allen Seiten zu machen. (Beifall.) Wenn hier eine kritische Bemerkung erlaubt ist: Ich könnte mir vorstellen, daß eine deutsche Politik, die den Standort Deutschlands in der Welt und in den großen Auseinandersetzungen der Welt klar erkannt hätte, getragen von einer Regierung mit dieser Erkenntnis, größere Erfolge gehabt hätte. (Sehr richtig.) Die Kraft und das Leben der deutschen Demokratie sind von größter Bedeutung für die Überwindung des östlichen Totalitarismus. Der Zwang dieser Erkenntnis soll jetzt die große grundsätzliche Neuverteilung der Kompetenzen bestimmen zwischen dem deutschen Grundgesetz und dem Besatzungsstatut der Alliierten. Die Zeit ist reif für eine solche Neuverteilung. Die Sozialdemokratische Partei hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie hier eine Beschleunigung des Tempos wünscht. Sie wäre bereit gewesen und ist bereit, jede Regierung zu unterstützen, die eine solche Neuverteilung im Sinne der Ausweitung der Kompetenzen auf der Grundlage des Bonner Grundgesetzes betreibt.

Ich muß kritisch bemerken, daß hier jedoch die Initiative der Bundesregierung sehr schwächlich ist, und daß die Taktik der Bundesregierung die Gefahr läuft, spezielle parteipolitische Machtinteressen gegenüber anderen Parteien und spezielle soziale und wirtschaftliche Interessen gewisser Gruppen und Cliques in Deutschland zu identifizieren mit den deutschen nationalen Interessen. Wir haben bei der Behandlung des Beamtengesetzes und des Einkommensteuergesetzes eine solche Politik gesehen, die doch in der Geschichte des Deutschen Reiches schon ruinös gewesen ist, diese Gleichsetzung der Interessen der herrschenden Klassen mit den Interessen des ganzen Volkes. Nur Fragen von allgemeiner Bedeutung, die das ganze Volk angehen, auf Grund aller Anlässe, können der Anlaß sein, die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen den Alliierten und Deutschen vorzunehmen. An solchen aktuellen Anlässen mangelt es wirklich nicht. Ich denke an die Saar, ich denke an die Ruhr, ich denke an Berlin und an die deutsche Einheit, und an die großen Prinzipien, nach denen ein lebensfähiges Europa allein organisiert werden kann. Aber da vermissen wir die Energie und den Elan bei der Bundesregierung, die sie bei der Verteidigung von Gruppeninteressen ohne Rücksicht auf die Konsequenzen gegenüber den Alliierten neuerdings entfaltet.

Nun bin ich — und ich glaube, ich kann in Eurem Namen sprechen — erstaunt darüber, daß in dieser Periode immer dann, wenn von Deutschland geredet wird, alles unter dem Zeichen der Zeitnot steht. Ich denke z. B. an die Behandlung des Problems Europarat, wie man uns da die Zeitnot zuschiebt als Argument zur Erreichung deutscher Gefügigkeit. Ich bin erstaunt, daß die Alliierten selbst bei der Verteilung der Kompetenzen zwischen sich und den Deutschen so außerordentlich viel Zeit zu haben scheinen.

Bei der Revision des Besatzungsstatutes müssen wir noch drei Ziele ins Auge fassen:

1. Reduzierung der allgemeinen Generalklausel auf die militärische Sicherheit,
2. Konkretisierung der Tatbestände mit Einspruchs- und Kontrollrecht, und, das ist jetzt für uns im Augenblick so enorm wichtig:
3. Vermeidung einer Rechtssetzung der Alliierten, durch die sie in der Lage sind, vollendete Tatsachen zu schaffen, die ihrem Wesen nach erst der Inhalt eines Friedensvertrages sein können. (Zustimmung.)

Aus einer ganzen Reihe von Gründen sind wir Sozialdemokraten heute gegen den Abschluß eines Friedensvertrages der Alliierten oder eines Teiles der Alliierten mit einem Teil von Deutschland. Aber wir sind für die Schaffung eines Friedenszustandes. Von diesem Friedenszustand sind wir noch ziemlich weit entfernt. Und die Behandlung dieses Komplexes auf der Londoner letzten Konferenz ist vielleicht doch das, was politisch am schwächsten bei der alliierten demokratischen Europakonzeption ist. Wir begrüßen die Tendenz der Entwicklung zur Erreichung der deutschen Freiheit mit der Hilfe der Alliierten. Wir möchten aber die Alliierten doch darauf hinweisen, daß es bei diesen gesamten Fragen falsch ist, die Taktik des

Zickzackkurses einzuschlagen.

Man lädt uns ein, in den Europarat zu kommen und erklärt damit, daß Deutschland wirklich ein demokratisches Land ist, sonst dürfte man es nämlich nicht in den Europarat einladen. Zur gleichen Zeit erklärt man aber in London, daß die Zurückschraubung des Besatzungsstatuts von der Durchführung der Demokratie in Deutschland abhängt. Genossen, diese alliierte kritische Bemerkung ist berechtigt, bei der autoritären Staatsführung der Bundesregierung, und im speziellen bei der antidemokratischen Beamtenpolitik in der Spitzengarnitur der Beamten. Aber die Berechtigung dieser Tatsache kann nicht dazu führen, mal die eine und mal die andere Taktik im gleichen Augenblick gegenüber Deutschland einzuschlagen! Sonst stört man seine demokratische Funktionsfähigkeit, die doch die Welt genau so braucht, wie wir sie brauchen. Wir Deutschen sind, vielleicht mehr als andere Völker, jetzt geneigt, im Nationalstaat nicht der Weisheit letzten Schluß zu sehen. Wir Deutschen bekennen uns offen zu dem guten Willen der Aufgabe von Souveränitätsrechten zugunsten einer übernationalen staatlichen Ordnung in demselben Umfang, in dem die anderen Beteiligten ihre Souveränitätsrechte auch reduzieren. (Beifall. Sehr richtig!)

Die Zugehörigkeit zu Europa steht für die große Mehrzahl der Deutschen, außer den Kommunisten und extremen Nationalisten, außerhalb jeder Diskussion. Es gibt vielleicht niemand, der die kulturelle und politische Zugehörigkeit, die Unauflöslichkeit und Zwangsläufigkeit, die Unmöglichkeit zwischen Ost und West wählen zu können, aus dem Standort der Deutschen heraus so gut anerkennt wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Aber es gibt bei den anderen Parteien mit demokratischer europäischer Zielrichtung doch sehr verschiedene Graduierungen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die einzige Partei in diesem Lande, in der das Spiel mit der östlichen Karte mit der Mitgliedschaft in dieser Partei unvereinbar ist. (Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei ist in diesem Lande die einzige Partei, die sich auch durch die Lockungen des roten Handels, durch die Exportchancen nicht von der politischen Linie abbringen läßt. Diese Partei ist doch schließlich die einzige Partei, die gegen eine Rapallo-Politik, sowohl in der Form des tatsächlichen Rapallo, wie in der Form der Rapallo-Legende, eindeutig und geschlossen auftritt.

Nun, Genossinnen und Genossen, bin ich durch die nationale Verantwortung in dieser Situation veranlaßt, darüber zu schweigen, und den Zitatensack geschlossen zu halten, der Äußerungen maßgeblicher deutscher Politiker über eine solche Wahlmöglichkeit zwischen Ost und West enthält, solcher Politiker, meine ich, die heute westlich von sich selbst stehen. (Sehr richtig! Heiterkeit.)

Der Mangel an einer großen, klar vorausschauenden und kontinuierlichen Linie in der Politik gehört vielleicht zum Wesen bürgerlicher Mittelparteien.

Aber, Genossen, wir wären zu unserem Bedauern gezwungen, diese Reserve aufzugeben und einmal auf Grund von tatsächlichen Gegebenheiten zu schildern, wie schwankend und unsicher die Politik vieler maßgeblicher Politiker von heute gewesen ist, und welche Gefahren in der Zukunft aus dieser Unsicherheit entstehen können. Ich sage dieses Wort deswegen, weil man gerade von seiten der „Schwankenberger“ versucht, bei den Alliierten die Sicherheit und Absolutheit unserer politischen Linie zu denunzieren. Aus dieser Einstellung heraus kann für einen demokratischen Sozialisten in Deutschland das Bonner Grundgesetz und die Konstruktion der Deutschen Bundesrepublik nicht der Weisheit letzter Schluß sein.

Wir leben in jeder Beziehung in unserem Verhältnis bei der eben genannten Kompetenzverteilung zwischen uns und den Besatzungsmächten in einem Interimszustand. Und hier müssen wir unsere Stimme erheben und unserem Volke sagen: Ja, wir bejahen diesen Staat, in dem wir jetzt leben, als Ausgangspunkt einer höheren nationalen Einheit, und wir bejahen diese höhere nationale Einheit als Ausgangspunkt für eine noch höhere internationale Verbindung. (Beifall.)

Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen auch den vielen Kleinmütigen und Bequemen und der Millionarmee der Menschen, die durch die Sorgen des Tages und durch schreckliche soziale Nöte in ihrem Denken und ihrem Interessenkreis herabgedrückt und eingeengt sind, sagen: es gibt jetzt eine

Todsünde, und die besteht darin, sich mit dem Zustand von heute als etwas Endgültigem — und jetzt lächeln Sie meinetwegen — etwas Vorläufig-Endgültigem abzufinden. Man findet sich nicht damit ab, daß sein eigenes Volk als einziges unter den großen Völkern gespalten bleiben soll, sondern man sucht die Spaltung dadurch zu überwinden, daß man das Thema auf der Tagesordnung behält. Die Mächtigen dieser Welt dürfen nicht glauben, daß unser bloßes Dasein und unser Existieren oder Vegetieren für uns schon die Lösung der Aufgabe bedeutet, von der — sagen wir es offen — wir besessen sind und besessen sein müssen, wenn wir unsere Pflicht als Sozialdemokraten tun wollen.

Und hier eine Klarstellung: Taktik ist etwas Auswechselbares. Aber die Auswechselbarkeit der Taktik bezieht sich auf das Operieren mit nicht auswechselbaren Grundsätzen. (Sehr gut!)

In der heutigen Entwicklung kann ein falsches Stellen der Weichen um wenige Grad in einer gar nicht so weiten Entfernung bereits zu einer sehr abseitigen Entgleisung des Zuges führen.

Wenn wir jetzt z. B. aus der Fülle unserer guten und herzlichen Gesinnung gegenüber der internationalen Idee, deren Träger wir seit mehr als acht Jahrzehnten sind, Probleme der Organisation Europas diskutieren, dann müssen wir wissen: Nicht immer, wenn das Wort Europa fällt, handelt es sich um das, was Europa lebenskräftig und wertvoll macht.

In diesen Tagen haben wir erst bei der Pan-Europäischen Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergghi aus dessen Munde die Parole vernommen: Union Charlemagne — das Reich Karls des Großen!

Man könnte ja darüber lächeln und sagen: historisierende Romantik! Der Mann sieht nicht, was die Proleten in Nordfrankreich und die Kumpels an der Ruhr denn begeistern soll für das Reich Karls des Großen. (Sehr richtig! Gelächter.)

Aber wenn man weiter nachdenkt, dann findet man vielleicht, daß gewisse Prinzipien der Politik in diesem Reiche Karls des Großen wieder aktuell geworden sind. (Zurufe: Sehr richtig!). Ich will nicht hoffen, daß die dann erneut zu schlachtenden Sachsen diesmal nur Sozialdemokraten sein werden! (Gelächter, Beifall!)

Und ich weiß nicht, ob sich Menschen, die eine solche Parole herausschleudern, auch darüber im klaren sind, wie lange Karls des Großen Reich gedauert und wie es geendet hat! (Zurufe: Sehr gut!) Das Reich Karls des Großen ist aus der Zwangsläufigkeit seiner Teilung die Grundlage des französisch-deutschen Gegensatzes geworden! (Zurufe: Sehr richtig! Beifall.)

Ich weiß auch nicht, ob in jedem Ohr begeisternd und beschwingt die Formel des internationalen Grafen klingt, der in diesen Tagen von den beiden großen Patrioten Adenauer und de Gaulle sprach. (Gelächter.) Aber eines weiß ich: Das Reich Karls des Großen hat Ostgrenzen gehabt. Und diese Ostgrenze war dem heutigen Eisernen Vorhang geographisch sehr nahe. (Zuruf: Sehr gut!)

Und wir erklären heute bereits, daß wir diese Idee bekämpfen werden mit aller Entschlossenheit, denn diese Idee beinhaltet die Anerkennung der Teilung Deutschlands unter Zufügung des deutschen Konsenses, des deutschen Willens zu dieser Teilung. (Zuruf: Sehr gut!)

Darum, Genossinnen und Genossen, seid kritisch! Die internationale Vokabel macht noch nicht die internationale Realität, und die Internationalität eines Klasseninteresses, macht noch nicht die Internationalität der Völker. Im Ausland versteht man bei dieser politischen Projektmacherei, diesem Dilettantismus des Projektierens die Deutschen oft falsch.

In der Diskussion heute, glaube ich, werden national und klar denkende Ausländer — ich denke vor allem an die Franzosen und die Engländer — wohl einfach nicht verstehen die Atmosphäre und die Methodik der internationalen Europadiskussion, wie sie heute vor sich geht. Denn bei dieser Diskussion erleben wir, daß Unwichtigkeiten aufgepustet und wichtigste Dinge bagatellisiert werden.

Bekennen wir uns bei dieser Auseinandersetzung zu einer Voraussetzung: Wir haben mit den deutschen

Nationalisten nicht konkurrieren können und nicht konkurrieren wollen in Dingen der Proklamierung des Nationalgefühls mit starken Worten. Und wir sollen uns vor demselben Fehler bei der europäischen Diskussion hüten. In dem Augenblick, in dem wir vor den kapitalistischen Betreibern irgendwelcher europäischer Organisationsform oder vor Leuten, die heute ihre Gegnerschaft und ihr Mißtrauen gegenüber Deutschland in entscheidenden Punkten nicht verloren haben, unser gutes Europäertum defensiv beteuern — in dem Augenblick beginnen wir eine große politische Auseinandersetzung zu verlieren. Die Internationalität der deutschen Sozialdemokratie und ihr Europäertum steht außerhalb jeder Diskussion. (Großer Beifall.)

Wenn wir uns heute über die Problematik dieser Dinge aussprechen, dann wollen wir uns hüten vor dem Deklamieren, vor dem Beteuern, vor dem Appellieren. Aber eines wollen wir: Sachlich genau, und wenn es geht, in Vorausschau auf die Konsequenzen, die dadurch ausgelöst werden, argumentieren.

Die Diskussion in Deutschland ist heute sehr weitgehend von innerpolitischen, parteipolitischen, machtpolitischen und klassenpolitischen Motiven bestimmt. Der Europäische Rat in seiner heutigen Gestalt und Einlagerung in die Kräfteverhältnisse der Welt ist nicht identisch mit dem Europa schlechthin. Europa als Zusammenarbeit freier Völker ist für die Sozialdemokraten ein hoher unerschütterlicher Wert in sich und an sich.

Aber um diesen Wert von allen verderblichen Hüllen zu befreien, ist es notwendig, daß wir nicht alles als Europa anerkennen, was die Nationalisten von gestern und die Neueuropäer von heute uns als Europa deklarieren und verkaufen wollen. (Sehr gut!)

Nun, Genossinnen und Genossen, spricht man besonders von seiten der Verantwortlichen der Regierung von einer in der Substanz vielleicht richtigen sozialdemokratischen Politik, die aber angeblich die Dimensionen beim Vergleichen der Größenverhältnisse verkenne. Man sagt: gewiß sind wir alle einig in unserem Abwehrwillen, unserem Protest in der Behandlung der Saarfrage; aber wie können die Sozialdemokraten von dieser — angeblich — kleinen Saarfrage die Frage nach ihrer Teilnahme an dem jetzt aktuellen Konstruktionsversuch Europas abhängig machen!

Dazu möchte ich feststellen: Nicht die Sozialdemokraten haben den Europarat und die Saarfrage gekoppelt. Es war im Juli 1949, zu unserem aufrichtigen Bedauern, die französische Regierung, die diese Fragen gekoppelt hat. Und seien wir uns doch darüber im klaren, seit dem Versuch der Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten durch die sowjetische Militäradministration ist nichts so verhängnisvoll Kurzsichtiges in der europäischen Politik geschehen, wie diese Koppelung von Europa und Saar! (Beifall.)

Dann aber Genossinnen und Genossen, müssen wir uns gegen den Versuch wenden, Saarfrage und Europarat nebeneinander zu stellen und in ihren Größenverhältnissen zu vergleichen. Die Saarfrage ist keine isolierte Frage. Die Saarfrage ist deswegen materiell nicht zu bagatellisieren. Die Anwesenheit von Saarvertretern zu gleichen Rechten mit deutschen Vertretern im Europäischen Rat ist die Deklaration eines Prinzips, und Verbalproteste, Proteste der bloßen Worte, helfen da nicht. Hier hilft nur die Verweigerung der Anerkennung durch Tatsachen und durch Handeln. Es gibt kein Entweder-Oder zwischen Europarat und Saarfrage, sondern die Behandlung der Saarfrage ist die Antwort auf die Frage der politischen Konstruktion in ihren Qualitäten von Straßburg. Es gibt doch kein europäisches Argument für die Anwesenheit der Saar im Europäischen Rat. Es gibt aber eine ganze Reihe von Faktoren, die zur Schwächung führen würden, nämlich wenn wir daran denken, daß die Anerkennung eines Zustandes, der durch einseitigen Machttakt ohne Vertrag mit Deutschland und ohne Vertrag der Alliierten untereinander geschaffen worden ist, von verhängnisvoller Rückwirkung auf die juristisch-moralische Position der Deutschen beim Kampf gegen die Oder-Neiße-Linie ist. (Sehr richtig!) Diese Anerkennung könnte gefährlich, wenn nicht tödlich wirken gegen die Rückkehr und den Heimatanspruch der Ostvertriebenen. (Beifall.)

Sehen wir die Saarfrage nicht als isolierte Saarfrage und sehen wir sie sogar noch darüber hinaus nicht nur als Frage bei der Verteidigung oder der Erweiterung der Ostgrenze nach alter Richtung hin, sondern sehen wir diese Beteiligung der Saar am Europäischen Rat in seiner grundsätzlichen Bedeutung. Zur Diskussion

steht hier der unverzichtbare Grundsatz: Europa kann nur aufgebaut werden auf der Grundlage der europäischen Solidarität und der europäischen Kameradschaft gleicher und freier Völker. Es kann seine Funktion gegenüber den totalitären Ansprüchen aus dem Osten nur mit diesem Maximum von demokratischer Kraft erfüllen, aber nicht als Bestandteil einer Sieger-Besiegten-Konstruktion. (Beifall.) Bei dieser Gelegenheit möchten wir der Bundesregierung sagen: Warum seid Ihr, meine Herren, nicht imstande, auch mit diesen Argumenten und auf diesem Niveau in der Sache mit uns zu diskutieren? Warum versucht Ihr, die europäische Idee und Praxis zur Propagandaformel der heutigen Regierungsparteien zu machen? (Sehr richtig!) Warum seid Ihr nicht willens, dem deutschen Volke reinen Wein einzuschenken darüber, daß die Behandlung der Saarfrage eine Politik der vollendeten Tatsachen ist, und daß die Vertröstung, daß das Schicksal der Saar und die Vertretung der Saar im Europarat erst durch den Friedensvertrag reguliert werde, eine Irreführung des deutschen Volkes ist? (Beifall.) Herr Schuman, der französische Außenminister, hat mir in einer Unterhaltung ganz offen gesagt: „Wissen Sie, Herr Schumacher, natürlich werden wir Franzosen diese Saarpolitik auch bei der Schaffung des Friedensvertrages durchsetzen.“ (Zuruf: „Na also!“) ein Tatbestand, der den maßgebenden Männern der Bundesregierung bekannt ist. Und wenn man mit dem Friedensvertrag operiert, so möchte ich daran erinnern: Was ist nun eigentlich mit unserem Volk in Sachen der materiellen Kenntnis der Politik los? Es muß doch jeder Mensch, der außenpolitische Fragen behandelt, wissen, daß die Alliierten ein halb Dutzend Mal oder mehr untereinander bindende Abmachungen getroffen haben, die jeden Sonderfrieden der Alliierten mit Deutschland oder einem Teil von Deutschland ausschließen. Ich denke an die Washingtoner Konferenz vom Januar 1942, an die Moskauer Konferenz vom Oktober 1943, an die Londoner Konferenz vom Jahre 1947. Da ist doch alles eine vernichtende Niederlage, und wenn die Alliierten es nicht wollen, und sie haben ja keinen Grund es zu wollen, sind sie in der Lage uns zu vertrösten, bis Sowjetrußland bereit ist, einen Viermächte-Friedensvertrag mit ganz Deutschland zu schließen. Und wenn sie diese Taktik nicht wollen, Genossinnen und Genossen, ist keiner von ihnen in der Lage, und bei dem Verhältnis der Welt zu Deutschland auch nur annähernd willens, die Deutschen auf Kosten der von ihnen mit Krieg überzogenen Länder westlich von Deutschland durch einen Sonderfriedensvertrag zu privilegieren. Mit anderen Worten, der Friedensvertrag, das ist ein Ereignis, das noch ungewiß ist. Pythagoras hat einmal gemeint: „Von den Göttern weiß ich nicht, ob sie existieren“, und die Deutschen wissen vom Friedensvertrag auch nicht, ob er kommt, wann er kommt und wie er kommt. In dieser Situation ist es sinnlos, aus Gründen der Erzeugung von psychologischen Bereitschaften eine Politik diplomatischer Pseudoerfolge anzusteuern. Gewiß, wir wünschen und unterstützen jede Regierung in den Bemühungen, eine gleichberechtigte Vertretung Deutschlands in jedem internationalen Forum zu fordern. Aber einmal hat die Bundesregierung auch nicht die geringste Konzession politisch-juristischer und juristisch-diplomatischer Natur von den Alliierten in diesem Bemühen bekommen. Zum anderen liegen doch Ergebnisse solcher Bemühungen, wie sie leider nicht eingetreten sind, auch dann, wenn sie auftreten, auf einer ganz anderen Ebene. Es gibt keinen formalen Erfolg im politisch-diplomatischen Komplex, der imstande wäre, einen Ausgleich darzustellen für die indirekte Zustimmung zum Verlust von Leben und Menschen. Es gibt auch keine Erfolge, die ausreichen würden, um die Aufgabe unverzichtbarer Rechtsgrundlagen internationaler Politik auszugleichen. Die Einladung an das Saargebiet ist völlig rechtswidrig; einmal, weil das Saargebiet ein Polizeistaat ist und damit die Einladung der Satzung des Europäischen Rates widerspricht, zum anderen aber, weil jede vertragliche Grundlage zwischen den Alliierten und zwischen den Alliierten und den Deutschen fehlt. Wenn wir angesichts dieser Voraussetzungen die Frage des Europarats diskutieren, dann möchte ich noch eins sagen: Belastet diese Diskussion nicht mit der ganzen Sehnsucht des deutschen Sozialisten — und ich glaube, auch heute noch ist der deutsche Sozialist mit den ganzen Machtwerten unserer Tradition, unserer Gefühle und der Idee bei einer Konstruktion, die zu anderen Zwecken, in anderem Umfang und mit einer anderen Verteilung der Kompetenzen geschaffen wurde. Die Bedeutung des Europarates ist heute bei der Auseinandersetzung in Deutschland eine Propagandaformel. Diese Propagandaformel aber muß sorgfältig mit den Tatsachen verglichen werden. Man soll sich hüten, Straßburg als moralische Anstalt und als großes Forum der Anklage und des Rufes nach Gerechtigkeit zu betrachten. Einmal ist die Kompetenzverteilung zwischen dem allmächtigen Außenministerrat und der Vollversammlung eine andere, zum anderen aber sind die Aufgaben des Europäischen Rates auch andere als die Illusionisten in Deutschland manchmal meinen. Und wenn ich so gewisse Rufer im Streit außerhalb unserer Partei in dem Bonner Hause betrachte, dann möchte ich sagen: Hütet Euch ganz persönlich vor Illusionen! Was für Bonn nicht ausreicht, wird in Straßburg kein leuchtender Stern!

Die Gefahr, Genossinnen und Genossen, ist aber auf der anderen Seite gesehen, daß wir mitmachen in der Position minderen Rechts unter stillschweigender Tolerierung der Verletzung von Prinzipien, die für uns unverzichtbar sind. Dazu gehört auch die Unverzichtbarkeit des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Völker, angewandt auf die Saar. Es gibt keine internationale Demokratie ohne Selbstbestimmungsrecht der Völker, genau wie es keinen freien Staat ohne freie Staatsbürger geben kann.

In dieser Situation haben wir kaum die Chance, eine neue Position der Regulierung und Verkündung zu bekommen. Aber, wir sind in Gefahr, verstrickt zu werden in zahlreiche Fäden, die zum Schluß eine Einrichtung schaffen könnten, die einem Maulkorb verdammt ähnlich sein würde.

Was tritt ein, wenn wir in den Straßburger Rat hineingehen, und was tritt ein, wenn wir in den Straßburger Rat nicht hineingehen? Ich glaube nicht, daß die Grenzen fallen und das Problem der militärischen Sicherung Deutschlands gelöst ist, wenn wir in den Straßburger Europäischen Rat hineingehen, und im Ernst behauptet das auch niemand im Ausland. Diese Erzeugung von Illusionen ist ja eine innerpolitische Angelegenheit der Deutschen. Und die bisherige Praxis des Straßburger Europäischen Rates spricht ja auch ihre Sprache. Aber, was geschieht denn im Falle des Nicht-Eintritts? Wird dadurch Europa schwächer? Ist denn die Konstruktion des Europäischen Rates in Straßburg das Maximum der demokratischen internationalen Funktionsfähigkeit? Wenn Sie anderer Ansicht sind, dann sagen Sie es hier in der Diskussion an Hand von realen Erwägungen und genau fixierbaren Vorschlägen.

Die Grenzöffnung kommt nicht, die internationale Staatsordnung kommt nicht und die militärische Sicherheit kommt nicht durch den Eintritt. Aber der Herauswurf Deutschlands aus Europa kommt nicht durch die Verweigerung des Eintritts in diese konkrete Institution unter diesen konkreten Voraussetzungen.

Die Deutschen, soweit sie von uns repräsentiert werden, sind nicht gewillt, sich von Europa abdrängen zu lassen. Ich glaube, die maßgebenden Alliierten sind auch nicht gewillt, Deutschland aus Europa herauszudrängen. Die Betrachtung der Realitäten Europas in der Auseinandersetzung mit den Sowjets, glaube ich, gibt nach der einen wie nach der anderen Seite hin die bindende Antwort. Von seiten der Bundesregierung vermisse ich das Aussprechen der Gefahren, die dem deutschen Osten aus der Situation von heute drohen können, und ich erkenne an, daß zwei Bundesminister es versucht haben.

Wir Sozialdemokraten betrachten die deutsche Einheit, wie ich schon sagte, als eine europäische Angelegenheit. Tatsächlich aber lehnen wir eine Politik mancher Alliierten ab, die aus der Zerreißung Deutschlands, möchte ich sagen, eine bessere praktische Handhabung der europäischen Politik ableiten möchten.

Genossen, wir sind durchaus willens gewesen, eine Reihe von entscheidenden Gefahren auf uns zu nehmen, unter der einen Voraussetzung, daß wir, wenn wir nach Straßburg gegangen wären, dort in eine europäische Gemeinschaft kommen würden. Die Tatsache, daß wir heute noch nicht in eine solche Gemeinschaft kommen, bedeutet für die deutsche Spaltung etwas ganz anderes. Und die Qualität anderer Völker in ihrer Einstellung zur europäischen Gemeinschaft mit Einbeziehung der Deutschen, wird doch praktisch an einer Frage bewiesen: An dem Begreifen, daß die deutsche Einheit die größere europäische Frage ist. Die Kraftverteilung sowie die Methodik und vor allem die symbolhafte Bedeutung in der Behandlung der Saarfrage zeigen, daß diese Konstruktion unter diesen Umständen heute und dort nicht gegeben ist. Und jetzt, Genossen, gehen wir darüber hinaus an den Kern der Dinge im Internationalen.

Straßburg als Institution befindet sich, ich will mich vorsichtig ausdrücken, im Stadium des Beginns einer leichten Schrumpfung seiner Bedeutung. Straßburg ist heute nicht das Zimmer der Entscheidung. Es war es nie. Es hat auch nicht die Chance, das Zimmer der Entscheidung zu werden. Das haben die Außenminister ja auch gesagt. Straßburg ist heute das Vorzimmer. Das Hauptzimmer ist der Raum des Atlantikpaktsystems, oder, nach der Formulierung des französischen Ministerpräsidenten gemäß seinen Vorschlägen vom 16. April d. J., der Atlantische Hohe Rat des Friedens. Und wir können nicht für den Eintritt in das Vorzimmer mit unserem Ja den ganzen Preis unseres letzten politischen Vermögens bezahlen, der uns selbst als Preis für den Eintritt in das Hauptzimmer zu hoch wäre.

Nun, Genossen, möchte ich nicht, wie ich es beabsichtigt hatte, das System der internationalen Pakte vor Ihnen illustrieren; denn das würde zu weit führen. Aber ich möchte sagen, dieser Hohe Atlantische Rat des Friedens, der heute die Aufgaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der militärischen Verteidigung hat, und der in Zukunft auch politische Aufgaben bekommen soll, und der Europäische Rat in seiner speziell kontinentalen Form werden mit einem gleichberechtigten Deutschland im Europäischen Rat ein integrierender Bestandteil dieses atlantischen Hohen Rates des Friedens.

Das bedeutet, daß wir vor die Probleme des Atlantikpaktsystems und der Organisation der westlichen Welt als Mitglied zweiten Ranges des Europäischen Rates kommen, und daß wir kein Wort aktiver Mitsprache möglich haben; denn das einzige, was der Welt etwas wert ist, ist ja das deutsche Ja zu gewissen internationalen Institutionen in ihrer heutigen Form. Mit andern Worten: Für Straßburg hätten wir schon den Trumpf aus der Hand gegeben, den wir bei der Behandlung des atlantischen Systems lebensnotwendig brauchen. Ein so politisch wehrlos gemachtes und zu jeder Form des Mitmachens gezwungenes Deutschland hätte die Entscheidung verloren über die Wiederaufrüstung. (Zurufe: Sehr richtig! Beifall.)

Wer das bis heute in der deutschen Politik noch nicht gesehen hat, für den wird es Zeit, es zu sehen. Denn die Idee und die Praxis der Wiederaufrüstung, so wie sie heute möglich ist, ist doch in keinem Falle in der Lage, Deutschland vor dem Schicksal der verbrannten Erde zu bewahren. Und einem Volk mit diesem Verlust und mit dieser zertrümmerten und aufgeregten und in sich zitternden Jugend — einem solchen Volke liegt doch die Aufgabe ob, diese Jugend zu bewahren vor dem schrecklichsten aller Opfer —, dem sinnlosen Opfer. (Sehr starker Beifall.)

Genossen, es ist eine außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß die politischen Konzeptionen der Bundesregierung bisher offensichtlich zur Diskussion dieser Probleme in ihrer Tragweite nicht ausgereicht haben. Wenn wir aber jetzt in der Agitation unsere Haltung nicht verteidigen, sondern offensiv gegen eine Politik vorgehen, die bereit ist, ein Europasurrogat an Stelle Europas zu setzen und damit eine große Idee von Qualitäten der Unverzichtbarkeit und Heiligkeit zu profanieren — dann müssen wir doch mal eins feststellen: In dieser macht- und innenpolitisch bedingten Debatte in Deutschland tut man gerade so, als ob die Deutschen mit ihrer Haltung über das Schicksal Europas allein entscheiden würden.

Nein, nein, das Schaffen Europas ist nicht eine einseitige Haltung Deutschlands, einer fingierten und passiven Haltung Deutschlands, das Schaffen Europas ist nicht das Opfer eines Volkes — das Schaffen Europas ist die gleiche Leistung aller Nationen. (Bravorufe, Beifall.)

Und wenn es im November vorigen Jahres gelungen wäre, an Stelle der leichtfertigen und undurchdachten Interview-Politik ein durchdachtes System der deutschen Außenpolitik zu setzen — dann wäre das deutsche Nein in der Lage gewesen, die Welt vor die Frage zu stellen: Was ist ihr Europa wert?

Jawohl, Europa soll den Deutschen viel wert sein, aber Europa soll den andern ebensoviel wert sein. (Zurufe: Sehr richtig! Beifall.)

Und in diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, wird die Unverzichtbarkeit des sozialdemokratischen Standpunktes in der Saarfrage, glaube ich, wohl den letzten politischen Hintersassen klargemacht werden können.

Europa, die große Angelegenheit aller Völker, ist nicht die Chance machtpolitischer Ausdehnung und des Geldes. Ist bei der Rolle, die ein demokratisches Europa gegenüber dem politischen, psychologischen, ökonomischen Ansturm des östlichen Totalitarismus zu spielen hat, ein Maximum an Potenz in Europa zu erreichen?

Dieses Europa soll doch sein der Damm gegen den Weltbolschewismus und die Bastion einer politisch-psychologischen Offensivhandlung gegenüber der Aufklärung der deutschen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone und den Satellitenstaaten.

Wenn man jetzt das Straßburger Modell in seiner heutigen Form, mit dieser Tendenz der Schwächung

Deutschlands, als europäischen Beitrag anwendet, dann macht man Europa sehr viel schwächer als es sein muß, um seine Aufgabe lösen zu können.

Es ist unsere Pflicht, von der großen Linie nicht abzugehen und nicht müde zu werden, die Stimme zu erheben durch die Begeisterung gleichberechtigter Völker, die moralischen und politischen Kräfte der Demokratie in Deutschland und in unserem Volk so stark zu machen, daß sie ein unüberwindliches Hemmnis werden. Aber es ist unsere Pflicht, die Hemmnisse in Europa zu bekämpfen, die den Weg zu diesem Starkwerden versperren.

Dann möchte ich auch den anderen Deutschen und den anderen Völkern der Welt eins sagen: Schließlich waren es ja, ganz allein gelassen und ohne Unterstützung durch irgend jemand in der Welt, die deutschen und die österreichischen Sozialdemokraten, die auf dem europäischen Kontinent mit ihrer eisernen Haltung die Entscheidung, die Vorentscheidung für die Demokratie erzwungen haben. (Starker Beifall!)

Ich glaube, der Tag ist nicht mehr fern, an dem auch die Demokratie in anderen Ländern diesseits und jenseits des Ozeans der deutschen Sozialdemokratie für ihre starke Linie demokratischer Selbstbewahrung gerade in dieser Frage dankbar sein wird. (Beifall.) Vergeßt nicht angesichts dieser Massenerzeugung von unsubstanzierten Propagandaillusionen, wie sie sich auch aus Reden der verantwortlichen Regierungsmitglieder ergibt, die Gefahr, wie wir sie bei verschiedenen Gelegenheiten der Weimarer Periode kennengelernt haben: Je größer und gleichzeitiger die Illusion, desto verderblicher die Reaktion darauf.

Nun, Genossinnen und Genossen, möchte ich dieses Thema nicht verlassen und nicht zum nächsten Thema, dem sogenannten Schuman-Plan, übergehen, ohne einer Pflicht der Loyalität zu genügen. Der Bundeskanzler hat gestern in der Kölner Universitätsaula in einer CDU-Versammlung an die Delegierten des Sozialdemokratischen Parteitages appelliert (Heiterkeit) und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie verständiger sein würden als ihre Parteiführung. (Heiterkeit.) Genossinnen und Genossen, lacht doch nicht so intolerant. (Heiterkeit.) Ich habe Verständnis dafür, daß man, wenn man keinen geistigen Beitrag für eine deutsche Außenpolitik zu leisten imstande ist, eben seine Beiträge auf dem Gebiete des Taktes und des guten Geschmacks leistet. (Heiterkeit.) Ich bin nicht der Meinung, dem Parteitag vorzugreifen, wenn ich erkläre: Die hohe Meinung, die der Herr Bundeskanzler von der Wichtigkeit und dem Wert seiner Worte, gerichtet an Sozialdemokraten, hat, wird von den Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei nicht geteilt. (Starker Beifall.) Dieser Propagandafeldzug wird erklärlicherweise — ich möchte daraus den Alliierten gar keinen Vorwurf machen — durch ein internationales Trommelfeuer verstärkt. Ich würde es allerdings gern sehen und begnüge mich heute mit dieser Bemerkung, wenn man unterlassen würde, die doch vergeblichen Versuche zu machen, einzelne sozialdemokratische Funktionäre und Deputierte von seiten mancher Alliierten gegen die politische Linie der Parteiinstanzen einzunehmen. (Sehr richtig! Beifall.) Die Freiheit ist unverzichtbar bei der Freiheit der Meinungsbildung, und wir erkennen niemanden als wohlwollenden Freund und Gönner an, der versucht, sich in die freie und ungestörte Meinungsbildung unserer Partei einzumischen. (Beifall.) Diskussion international und mit Angehörigen der Besatzungsmacht — jawohl!, aber sich beeinflussen lassen, wäre eine Rolle, die dem Wesen und der Aufgabe eines deutschen Sozialdemokraten nicht entspräche. (Bravorufe. Beifall.)

Wir haben bereits eine Probe auf das Exempel gemacht, wie das deutsche Volk, wenn man ihm die Sache sachlich darstellt, reagiert. Wir haben den Wahlkampf in Kulmbach geführt, und ich muß schon sagen, Genossen, wenn wir in der Lage gewesen wären, den Wahlkampf zum 14. August in dem Geist zu führen und mit dem Opfermut und der Hingabe wie unsere Kulmbacher Genossen — 170 Mandate, 180 Mandate, man kann darüber reden, Genossen. Wir möchten dieses Kulmbacher Wahlergebnis nicht vorübergehen lassen, ohne von dieser Stelle aus im Namen der ganzen Partei der Organisation des Wahlkreises Kulmbach und der aufopfernden, klugen Tapferkeit des Genossen Jaksch unseren Respekt und unsere Anerkennung auszusprechen. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Sie sehen also, daß hier große Reserven und großer guter Wille, zu erkennen und mitzukämpfen, auch bei Millionen von Menschen liegt, die heute mehr oder weniger abseits stehen. Und angesichts der heutigen Massenfabrikation von Illusionen ist es eine politische Pflicht, an das Petersberger Abkommen zu denken. Wo sind die Erfolge des Petersberger Abkommens? (Sehr richtig.) Vielleicht wäre es gut und richtig, wenn

ich hier ein Referat hielte über das Problem der Demontagen, der Remontagen, der Industriepläne und der Produktionsprogramme. Ich möchte mich in Einzelheiten nicht verlieren, ich möchte aber sagen, die Probleme, die man in Petersberg glaubte gelöst zu haben, sind zum größten Teil heute noch ungelöst, und die Kette der Demontagen ist noch immer nicht abgerissen.

Watenstedt-Salzgitter, Essen sind bittere Klänge in unserem Ohr und sind Gefährdungen für eine gesunde politische Entwicklung unseres Volkes. Vor wenigen Tagen erst hat der Regional Commissioner in Niedersachsen erklärt, daß noch eine ganze Reihe von industriellen Betrieben in diesem Land von den Briten als Kriegsbetriebe angesehen werden würde. (Hört, hört!) Mit anderen Worten, dieser gefährliche Prozeß ist noch immer nicht beendet, gefährlich für uns, aber nicht stärkend für diejenigen, die glauben, damit Politik zu machen. (Sehr richtig.) Sehen Sie, was war dieses Petersberg mit optimistischen Spekulationen verknüpft! Wie klang doch in dieser Nacht vom 24. zum 25. November das Trompetengeschmetter des großen Erfolges, und wie hat dann die Kette der Enttäuschungen eingesetzt! Und ich glaube, heute erinnert sich in Deutschland niemand mehr gern an das Petersberger Abkommen. Ich habe den sanften Verdacht, als ob die Alliierten auch nicht mehr sehr gern daran erinnert zu werden wünschten. (Heiterkeit.) Hier aber habe ich die Pflicht, festzustellen: Das Petersberger Abkommen ist auf der deutschen Seite ein autoritärer Regierungsakt, der gegen den klaren Wortlaut des Grundgesetzes verstößt. Weil aber dieses Abkommen auf der deutschen Seite verfassungswidrig zustande gekommen ist, existiert es nicht und gibt es keine rechtliche Verpflichtung für uns, für die deutschen Sozialdemokraten. (Beifall.)

Das Problem und diese Konstruktion im Stile des Europäischen Rates oder verwandte Dinge wird jetzt überdeckt durch die lebendige und leidenschaftliche Aussprache über den Vorschlag von Schuman. Die Sozialdemokratie hat durch mich am 10. März bei der Saardebatte im Bundestag auch einen Vorschlag machen lassen, daß wir in sofortige Wirtschaftsverhandlungen zum Zwecke eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages kommen sollen. Die Bestandteile dieses Freundschaftsvertrages: durchweg Wirtschaftsabkommen, die weit über den Rahmen der bisherigen Handelsverträge hinausgehen. Es hat also von unserer Seite die aktive Initiative einen zeitlich und sachlich großen Vorrang etwa vor dem, was in Kreisen der deutschen Parteien rechts von der Sozialdemokratie heute als notwendig erscheint. Ich begrüße — und ich glaube, die Partei ist darin mit dem Parteivorstand einig — den Vorschlag Schumans als den Versuch, zum erstenmal aus der Periode pathetischer, aber ineffektiver Deklamationen in den Versuch einer Realisierung von sachlich und ökonomisch Notwendigem zu kommen. Dieser Vorschlag hat auch den Vorzug, daß er von französischer Seite kommt und nicht so ein Made-in-Germany-Fabrikat ist.

Wir haben noch genug von dem grauenhaften Dilettantismus der sogenannten Unionsvorschläge in den letzten Wochen. Aber der Schuman-Vorschlag ist ein Rahmenvorschlag, und über das Bild selbst wissen wir alle noch nichts Genügendes und Ausreichendes. Aber Bilder kauft man des Bildes und nicht des Rahmens wegen. (Heiterkeit). Im übrigen bitte ich, die Dinge auf deutscher Seite doch so realistisch zu betrachten, wie die Franzosen begrüßenswerterweise auch realistisch diese Dinge betrachten und kritisch unter die Lupe nehmen. Die Franzosen haben mit keiner Silbe angedeutet, daß der Schuman-Vorschlag mehr sei als ein Vorschlag. Selbst über den Inhalt des Vorschlages muß man erst noch materielle Voraussetzungen und Aussprachen führen. Aber, ein ernst gemeinter Vorschlag verdient, ernst geprüft zu werden. Bloß ist es ganz falsch, diese Prüfung zu ersetzen durch einen Hurra-Enthusiasmus, der niemand peinlicher berührt, als den französischen Offertenmacher. Es ist dieser Hurra-Enthusiasmus, der jetzt in Deutschland zu dem Zwecke erzeugt wird, um am Schwanz des französischen Gauls sich durch das Portal des Europarates in Straßburg schleifen zu lassen. (Große Heiterkeit.)

Die Franzosen haben in durchaus anständiger und anerkennenswerter Weise erklärt, sie wünschen keine Koppelung der Frage des Beitritts zum Europarat und zum Schuman-Plan. Aber die Bundesregierung hat durch ihren obersten Repräsentanten erklärt: Wenn wir nicht nach Straßburg gehen, wird auch aus dem Schuman-Plan nichts. Aber was der Schuman-Plan ist, weiß sie auch nicht. Sehr interessant ist eine Veröffentlichung der Deutschen Presse-Agentur über die Äußerungen eines der schärfsten konservativen Köpfe Europas, nämlich Paul Reynauds, der erklärt hat, daß die Verwirklichung des Schuman-Planes gleich von Anfang an davon abhinge, ob man eine geplante Organisation für Europa realisieren wolle oder ein internationales Kartell schaffen wolle.

Gegen das letztere ist auch Monsieur Paul Reynaud, und für das letztere sind die deutschen Regierungsparteien und Minister und eine Presse, die, genau wie bei der Behandlung des Europarates, die Dinge sich so unerlaubt leicht machte, wie man es in der Geschichte der öffentlichen Meinung bisher doch noch nicht gekannt hat, es sei denn, daß man unpassende Vergleiche ziehen will.

Warum informiert die deutsche Bundesregierung die deutsche Öffentlichkeit nicht über den Charakter des bloßen Planes? Warum informiert sie nicht die deutsche Öffentlichkeit über die verschiedenen Möglichkeiten, den Rahmen mit einem so oder so gemalten Bilde auf dieser oder jener Leinwand auszufüllen? Warum sagt sie nichts über die Stärke oder die Schwäche der französischen Legitimation des Schumanschen Vorschlages? Schließlich ist der Vorschlag des Herrn Schuman ja nicht ohne weiteres ein Vorschlag des Kabinetts oder der MRP. Selbst im Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer ist erst durch den Stichtscheid des Vorsitzenden die Mehrheit von 19:18 Stimmen für diesen Plan geschaffen worden. Und über das Schicksal der Mehrheit im Kammerplenium weiß man noch nichts. Warum sagt man nichts über die ernsten Stimmen in Frankreich, beispielsweise der französischen Sozialisten, die bei einer grundsätzlichen Sympathie für das Ja oder Nein doch erst die realen Voraussetzungen klären wollen?

Warum spricht man nicht und gibt nicht wieder diese Stimmen, wie sie gestern Grumbach oder am letzten Sonnabend der Kamerad Bouthère auf dem pfälzischen Parteitag erhoben haben? Warum redet man nicht zur Sache? Warum erzeugt man immer nur Stimmung? Man soll sich in der Welt darüber klar sein: Es gibt eine Art von Bundesgenossen, die sogar den besten Plan — ich weiß nicht, ob es der beste Plan ist — entscheidend bloßzustellen in der Lage ist. Wir wollen uns doch nichts vormachen: Wenn wir bereit sein sollen, allen möglichen bisher unbekanntem Faktoren in der Welt Vertrauen entgegenzubringen — der Schwerindustrie in Deutschland und in Frankreich bringen wir kein Vertrauen entgegen! (Sehr richtig, Beifall.)

Unvergessen ist bei uns, daß die deutsche Außenpolitik entscheidend entwertet und degradiert worden ist durch die Tatsache, daß der deutsche Bundeskanzler am 7. November vorigen Jahres die erste außenpolitische Note der deutschen Bundesregierung an die Hohen Kommissare begleiten ließ vom Finanzierungsplan der Vereinigten Stahlwerke. Wir werden sehr aufpassen, daß das, was wir auf deutscher Seite abgelehnt haben, nun nicht auf französisch als korrespondierende Größe zurückgeschickt wird.

Zur sachlichen Diskussion, zur ehrlichen, gutmeinenden, wohlwollenden Prüfung sind wir bereit. Wir sind nicht bereit, eine Politik als national und als europäisch anzusehen, wie sie jetzt das Bundeskabinett macht. Das begrüßt nicht etwa die Anregung von Schuman. Das könnten wir verstehen, und das könnten wir sogar mitmachen. Sondern es billigt den Plan des Herrn Schuman, es billigt einen Plan, den es nicht kennt. Und nachdem es den Plan gebilligt hat, setzt es eine Studienkommission zur Untersuchung der Voraussetzungen des Planes ein.

Wenn der Bundeskanzler erklärt, er sei entschlossen, den Plan durchzuführen, so sagen wir: Diese Entschlossenheit ist ja wohl nicht von entscheidender Bedeutung. Denn einmal ist die Entschlossenheit Frankreichs und die besondere Rolle Groß-Britanniens — auf die wir noch kurz zu sprechen kommen müssen — in diesem Zusammenhang von sehr viel größerer Bedeutung als das, was der Herr Bundeskanzler sagt. Zweitens kann ich mir durchaus vorstellen, daß die Welt, zwar höflich und mit größter Courtoisie, dem guten Willen der Bundesregierung, die Schichten, auf die sie sich stützt, auch stark zu machen auf Kosten der Allgemeinheit Europas, begegnet, daß sie aber draußen in der Welt wissen, daß eine Realisierung einer grundsätzlich übernationalen Konstitution von Politik und Wirtschaft ohne die Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten, wenn nicht gar nicht, so doch sehr wenig bedeutsam ist.

Die Franzosen haben das ganz richtig gesehen, und das rechne ich ihnen hoch an, ohne jede Eventualität in den Motiven des Herrn Schuman akzeptieren zu wollen, haben sie erklärt: Dieser Vorschlag ist ein politischer Vorschlag, und dieser Vorschlag richtet sich an das ganze deutsche Volk, auch an die Opposition, vor allem an die Sozialdemokratie, ohne die es dann ja doch nicht geht.

Was hat die Bundesregierung daraus gemacht? Sie hat den Sinn des französischen Vorschlages schon so entscheidend verbogen, daß es keine agitatorische Übertreibung ist, wenn man vom Beginn der

Verfälschung spricht. Sie hat die Verhandlungslegitimation für sich okkupiert und diskutiert nun nicht auf politischer, sondern auf der Grundlage von Sachverständigen. Eine Reihe von Sachverständigen-Namen kennt man. Es sind lauter Leute der Schwerindustrie, Alteigentümer oder Großmanager. Alle diese Leute sind auch politisch abgestempelt. Es ist eine Anzahl von Abgeordneten des Bundestages darunter, es ist aber kein einziger sozialdemokratischer Deputierter oder Wirtschaftspolitiker darunter. (Hört, hört!)

Und wenn man jetzt, nachdem die Sozialdemokratie von Anfang an den Ruf danach erhoben hat, die Gewerkschaften heranzieht, dann zieht man sie in ihrer Sachverständigen-Funktion heran. Aber dort stehen die wenigen Gewerkschaftler einer vielfachen Überzahl von Sachverständigen gegenüber, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als die Interessenten. (Sehr gut!)

Der Sachverständigenschwindel der Weimarer Republik hat seine schreckenden Spuren für uns, und wenn der Kanzler diese Politik einschlägt mit den Sachverständigen gegen die deutsche Opposition, gegen das Mitmachen der Völker, für die Entpolitisierung des Komplexes zugunsten der geschäftlichen Verbesserung der Verdienstchancen dieses Komplexes, dann frage ich: Kennt denn der Kanzler mehr von diesem Plan, als er wirklich diskutiert wird? Und wenn ja, sind seine Quellen dieselben Quellen wie des Großindustriellen Reusch von der Gute-Hoffnungs-Hütte? Der erklärt doch, daß dieser Plan nichts Neues enthalte; die französische und die deutsche Schwerindustrie würden schon seit langer Zeit miteinander verhandeln und sich im grundsätzlichen einig sein? (Hört, hört!)

Ich möchte dazu sagen: Diese Sachverständigen binden uns überhaupt nicht. Hoffentlich nimmt die Weltöffentlichkeit von dieser nüchternen Feststellung Notiz. Wir sind weiter bereit, die Dinge kühl und realistisch zu untersuchen und unser Wissen über das, was erstrebt wird und die Wege, die gegangen werden sollen, zu vervollkommen. Aber ich möchte vorweg sagen: Kürzlich hat einmal ein Pariser Journalist erklärt, Großbritanniens Teilnahme an diesem Plan sei nicht möglich wegen seiner Politik der Vollbeschäftigung und der hohen Löhne. (Zurufe: Hört, hört!) Und die sozialdemokratische Politik in diesem Lande wird für dieses Land und, soweit sie auf andere Länder ausstrahlen kann, immer sein die Politik der Vollbeschäftigung, der hohen Löhne und der Sozialisierung. (Sehr starker Beifall.)

In diesem Zusammenhang noch die außenpolitische Bemerkung, daß die deutsche Arbeiterbewegung keine Veranlassung hat, unser Volk in eine Konstellation zu führen, wo wir zusammen mit der einen Macht gegen andere Mächte konkurrieren; und daraus die Gefahren ökonomischer Distanzierung und politischer Entfremdung entstehen. Die Illusion, etwa unter den bekannten politischen Feldmarschällen de Gaulle und Adenauer auch siegreich gegen die sozialistische Planwirtschaft Großbritanniens reiten zu können — die Illusion soll man gleich von vornherein aufgeben. (Zurufe: Sehr gut!)

Bei der Frage, ob eine Realisierung des Schuman-Planes oder des Schuman-Vorschlages in unserem Sinne möglich ist oder nicht, ist entscheidend eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Fragen, ist entscheidend die Frage nach dem Recht des deutschen Volkes, das Eigentum seiner schweren Industrien selbst zu bestimmen. Der europäische Übereifer der Großmanager und Schwerindustriellen scheint mir nämlich darin zu beruhen, daß sie beim Weg auf das Ziel zusammen mit der französischen Schwerindustrie die Eventualität des Ausweichens vor der Sozialisierung und vor dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sieht. (Zurufe: Sehr richtig, sehr gut!) Darum erkläre ich: Voraussetzung jedes Mitmachens ist hier das Recht des deutschen Volkes, über sein Eigentum selbst zu bestimmen und es selbst zu verwalten.

Dabei, Genossinnen und Genossen, müssen wir wissen, daß die Sozialisierung in Deutschland und in der Hand von Vertretern der deutschen arbeitenden Bevölkerung die beste Garantie des europäischen Friedens ist, die es überhaupt gibt. (Bravorufe, Beifall.) Sozialisierung ist Menschwerdung der Arbeit, Sozialisierung ist Gestaltung und Formung der Wirtschaft, aber vor allem: Sozialisierung ist Politik im Sinne der Freiheit und des Friedens! (Bravorufe.)

Nun haben wir dahinter auch die andere Frage zu lösen: Solche Unterhaltungen bekommen nur einen Sinn, wenn die permanente Drohung, das deutsche schwerindustrielle Eigentum einseitig internationalisieren zu wollen, endlich als politische Waffe vom Verhandlungstisch verschwindet. Denn diese Drohung, deren Verwirklichung letzten Endes in sich doch unmöglich ist — diese Drohung ist eine Vergiftung des

französisch-deutschen Verhältnisses, da, wo es am besten sein könnte — nämlich zwischen den Arbeitern der beiden Völker.

Schließlich sind wir uns doch darüber klar, daß die Gleichberechtigung in der obersten Behörde, wie sie Monsieur Schuman verkündet, nicht nur eine Gleichberechtigung der Zahl im formalen Sinne des Wortes sein muß, sondern die Gleichberechtigung muß auch bestehen im Tatsächlichen, d. h. in der Möglichkeit zu verfügen, zu disponieren, zu gestalten. Wenn die französischen Schwerindustrien in diese oberste Behörde gehen, dann kommen sie unbehindert als französische Industrie. Wenn aber die deutschen Schwerindustrien in ihren entscheidenden Bestandteilen dahin gehen, dann kommen sie repräsentiert, geführt und gestaltet durch eine Reihe internationaler Besatzungsbehörden, vor allem durch die Ruhrbehörde, bei der sechs Signatarmächte natürlich eine andere Potenz haben als die Deutschen, bei der der andere Vertragspartner auch auf der deutschen Seite Mitglied der Ruhrbehörde ist, und eine Reihe von anderen eventuell Hinzutretenden auch auf der deutschen Seite vertreten sind.

Darum sage ich zur Sache und ich hoffe dabei auf die Zustimmung des Parteitages: Eine Realisierung des Schuman-Vorschlages und ein Weiterbestehen des Ruhrstatuts und ein weiteres Funktionieren dieser interalliierten Ruhrbehörde sind unvereinbar miteinander. Das eine oder das andere, beides zusammen ist für uns unmöglich und wird abgelehnt. Hinter allem aber steht der Versuch, uns auf dem Weg über Ideen, die aus der Geschichte der französischen und der deutschen Linken entstanden sind, die Zerstörung der Demokratie als Notwendigkeit aufzuschwatzen. Die Propaganda geht doch jetzt auf den Überstaat der industriellen Manager. Lesen Sie bloß, was ein nicht sehr kenntnisgegneter Zeitschriftenjournalismus mancher Art hier auf einmal erklärt: Sozialdemokraten weg! Gewerkschaften weg! Unternehmerorganisation weg! Keine Kapitalisten im alten Sinne! Der neue Typ: Der Manager! (Heiterkeit.)

Ich glaube, daß man mit den Managern zum Teil auch ganz gut kann, wenn man Macht hat. Wenn man Macht hat, werden viele Manager aus gutem Willen das tun, was die Arbeitenden von ihnen verlangen. Aber die Manager über die Arbeitenden herrschen lassen, ist der Tod der Demokratie in Europa! (Beifall.) Der Überstaat der Manager ist die Triumphpforte für den Einmarsch der nationalkommunistischen Ideen aus dem Osten. (Beifall.) Wenn hier das Wort Osten fällt, dann begreifen wir, daß alle diese Probleme nicht diskutiert werden können, ohne immer wieder nach dem deutschen Osten und der deutschen Einheit zu sehen. Dieses europäische Interesse an der deutschen Einheit zu schaffen, ist die internationale Aufgabe unserer Partei für die Entwicklung der nächsten Jahre. Dabei möchte ich meinem Freunde Erich Ollenhauer recht geben: Wenn heute in diesen Worten und, wie ich hoffe, in der Diskussion, das Wort „Deutschland“ fällt, ist immer das ganze Deutschland gemeint. (Beifall.) Und wenn wir unseren Freunden im internationalen Sozialismus diese Idee und diese Forderung ans Herz legen, so dann mit der Begründung, daß der internationale Sozialismus und die internationale Demokratie keine Differenzierung und keine Rangordnung kennen darf. Die Internationalität beruht auf der Bejahung der Nation, und die Bejahung der Nation hat die Aufgabe, das Volk zur internationalen Zusammenarbeit fähig und geeignet zu machen. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß, vom Politischen abgesehen, nicht mal im Propagandistischen die Bundesregierung oder das mit der Aufgabe betraute Ministerium auch nur die Spur einer Ahnung von einem politischen oder propagandistischen Plan hat. Genossen, dieser Plan aber ist notwendig. Seit 1945 hat die deutsche Sozialdemokratie, und besonders seit Januar, Februar 1946, zur Grundlage und dem Beginn jeder Einigungspolitik die gleichen, freien, direkten und geheimen Wahlen in allen vier Zonen und Berlins unter gleichen Voraussetzungen staatsbürgerlicher und persönlicher Freiheit gemacht. Nun, Genossen, was hat man in den letzten vier Jahren, ohne zu ahnen, damit der sowjetischen Politik Vorspann zu leisten, alles für glanzvolle Formulierungen produziert! Da haben wir die nationale Repräsentation gehabt, da haben wir den nationalen Konsultativrat und den Vorschlag der Repräsentation durch Persönlichkeiten gehabt, und in München ist ja der Gedanke eines nationalen Koordinierungsplanes noch heute nicht tot. Aber Genossen, alle diese Dinge bedeuten die Hineinbeziehung des Sowjetismus als eines aktiveren, die Demokratie zerstörenden Faktors in die deutsche Einheitspolitik, und auch nur die kleinste Konzession wäre die Aufgabe der Demokratie als des Problems für ganz Deutschland gewesen. Wir begrüßen es, daß die Amerikaner diese Anregung aufgenommen haben. Wir begrüßen es auch, daß die Bundesregierung alle diese alten Pläne, die zum Teil von Männern aus ihren Reihen stammen, zur Seite legte und die Frage nach den Wahlen erhob. Und jetzt möchte ich eines sagen: Erhebt man diese Frage und kennt man die Schwierigkeiten, die sich ihrer

plötzlichen Beantwortung entgegenstellen, dann soll man die Frage auch in ihrer letzten Konsequenz stellen! Es ist wenig sinnvoll, eine allgemeine Nationalversammlung zu wählen und ihr die einzige Aufgabe der Schaffung einer Verfassung zu geben. Es ist sinnvoll, diese Aufgabe zu erweitern zu der Aufgabe, alle denkbaren Funktionen des Parlaments in Gesetzgebung und Kontrolle zu übernehmen und eine Regierung aus diesem Parlament zu bilden, eine Regierung in Berlin. (Beifall.) Wenn wir nämlich in die Ostzone gehen würden, dann haben wir die Verpflichtung, die Kämpfer aus unseren Reihen nachher auch praktisch zu schützen, und schützen können wir sie nur, wenn eine zentrale Regierung da ist, deren Innenminister die starke Polizeigewalt in gleicher Entschiedenheit und Möglichkeit für alle 18 Länder dieser neuen deutschen Bundesrepublik hat. (Starker Beifall.) Wir wollen Pankow ausschalten und Bonn auf die höhere Ebene erheben, wenn es den kommenden sozialen, nationalen und internationalen Aufgaben gerecht werden soll. Wenn diese Hindernisse jetzt unübersteigbar erscheinen — die Probleme sind doch da! Gehen wir nicht an sie heran, greifen wir sie nicht an, dann kommen sie zu uns. Das beste Beispiel ist doch Berlin. Sie können doch die Existenz Berlins nicht negieren, und Sie wissen doch, daß vom ersten Tage, vom Mai 1945 an, die Eroberung Berlins das erste politische Ziel der Sowjets östlich der Elbe gewesen ist und noch heute ist. Und die Eroberung Berlins durch die Sowjets wäre die erste Möglichkeit, dem östlichen Nationalkommunismus einen auch im Westen blendenden Schwung zu verleihen. Wir bedauern es, daß die deutsche Bundesregierung ihre Aufgabe in Sachen deutscher Einheit und Stützung Berlins nicht voll begreift, sonst wäre die zögernde und unentschiedene Haltung bei der Regulierung einer Reihe von finanziellen und wirtschaftlichen Fragen nicht denkbar. Sonst wäre auch nicht denkbar diese partikularistische Konkurrenz z. B. bei der Einrichtung von Behörden da oder dort. Wir können doch nicht mit dem Rechenstift eines Finanzbeamten ein Problem lösen, das von A bis Z, im Kern und in der Höhe, ein zentrales politisches Problem ist.

Gerade die Verselbständigung der deutschen Außenpolitik legt der Bundesregierung gegenüber Berlin neue zusätzliche Aufgaben auf. Wir rechnen mit der westlichen Hilfe und gerade in dieser Frage auch mit der Hilfe der Amerikaner. Aber wir in Deutschland, auch in Bonn und in München und draußen in der Welt, nicht nur in Washington, sondern auch in London und Paris, sollen eines begreifen: Berlin ist der Anspruch der Demokratie auf ganz Deutschland. (Lebhafter Beifall.) Berlin ist ja unser deutscher Anspruch auf Mitteldeutschland und den deutschen Osten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Und darum, werte Genossen, wird nach der Klärung der Probleme mit den allgemeinen Wahlen in allen vier Zonen und den viersektoralen Wahlen, im Falle der endgültig oder für die nächste Zeit endgültig erscheinenden negativen Beantwortung der deutschen Forderung, eine deutsche Aufgabe akut, eine Aufgabe, die wir nicht den Engländern und den Amerikanern überlassen können. Wir müssen überhaupt aus dem Stadium heraus, wie manche Kreise rechts von der Sozialdemokratie die Welt so zu betrachten, als ob die nationale Einigung der Deutschen eine patriotische Pflicht der Amerikaner sei. Nein, nein, das ist unsere Aufgabe. Und die Frage nach der Ehrlichkeit des Einheitswollens, die Frage der Stabilität und Sicherheit der nationalen Konzeption der Bundesregierung, wird sich jetzt erheben, und wir werden nicht ruhen und rasten, die Frage Berlin auf dem von mir geschilderten Wege zu stellen: Berlin als zwölftes Land in die Deutsche Bundesrepublik! Wir werden anerkennen die Wichtigkeit der Demokratie als staatspolitischen und klassenpolitischen und moralischen Faktor, dann müssen wir bei der Basierung der Demokratie das ökonomische Prinzip stärker als bisher in Westdeutschland auf seine Tauglichkeit für die Stärkung der Demokratie in ihren innen- und außenpolitischen Aufgaben untersuchen. Die große Frage der wirtschaftlichen Zersetzung in Westdeutschland, das Unnötige an der wirtschaftlichen Degradierung des Nicht-Erreichen-Könnens, was möglich ist, das ist doch die Frage einer Wirtschafts- und Kreditpolitik in einem Mangel an Planung, Lenkung und Kontrolle, vor allem in der Ausstattung mit Kapitalien und Krediten. Diese negative Politik, die die Arbeitslosigkeit erzeugt und die Reallöhne und Renten und Preise drückt oder hochhebt, ist eine Politik, die vom Klassenegoismus geführt wird. Wir haben die für jeden Kapitalismus notwendige Planung und Lenkung deswegen nicht, weil sie nicht eingeführt werden kann ohne Beschneidung der Gewinne. Aber man kann einen Nationalkommunismus, eine aus sozialem Empörungswillen gespeiste Bewegung nicht abwehren mit der Stabilisierung des Kapitalismus und den Methoden des Bonner Kabinetts. Dieselben Kreise, die die Nutznießer der Inflationsperiode waren und die dadurch auch die politische Macht erhielten, sind heute noch die Nutznießer durch den Kapitalismus und Gewinnquoten in einem früher nicht gekannten Umfange. Ihre Politik ist das Ausweichen und die Verhinderung des Lastenausgleiches, und unsere Politik ist das Erreichen nicht nur einer Vermögens-, sondern auch einer Einkommensumschichtung durch den Lastenausgleich.

Den Menschen von heute fehlt noch die Sicherheit der sozialen Reservesubstanzen. Ein Arbeitsloser verliert doch nicht nur sein Einkommen, sondern das trifft doch eine sozial abgemagerte Existenz, die keine Subsistenzmittel an Kleidung, Wohnung usw. hat. Mit anderen Worten, ohne hier die Wirtschaft untersuchen zu wollen und wirtschaftliche Richtlinien entwickeln zu wollen, müssen wir hier hinweisen auf das, was zwangsläufig bei der Entwicklung des Rechtsradikalismus ist, aus dieser Wirtschaftspolitik des Verdienertums heraus, aus der Hilfeleistung der Bundesregierung bei dieser Wirtschaftspolitik und aus der sozialen Passivität. Seien wir uns doch darüber klar aus unseren eigenen bitteren Erfahrungen, trotz größter Arbeit und größter Leistung so vieler von uns und so vieler Männer, denen wir unser Vertrauen geschenkt haben und schenken: Die erzwungene und klassenpolitisch motivierte (das ist gleichgültig) soziale Passivität der Regierung ist die Keimzelle des Faschismus und der Diktatur.

Der Genosse Veit wird ja Gelegenheit haben, diese ökonomischen Voraussetzungen und diesen unseren Zwang zu einer Politik der sozialökonomischen Strukturänderung in großen Zügen zu entwickeln. Aber diese soziale Frage, wie ich sie jetzt anskizziert habe, entscheidet doch tatsächlich über Neubildung, Form und Inhalt der politischen Parteien. Ich befürchte, daß außer der Nutzbarmachung einer nationalistisch-diktatorischen Erbmasse aus den letzten Jahrzehnten und außer den Konsequenzen fehlerhaften Verhaltens des einen oder des anderen Alliierten in dem einen oder anderen Falle die soziale Passivität der Bundesregierung bereits die Möglichkeit zur Bildung einer neuen großen Rechtspartei, die sich an demokratische Spielregeln unter allen Umständen halten würde, zerstört.

Die soziale Inferiorität, zu der Millionen von Existenzen gezwungen werden, die begünstigt und verschlechtert worden ist durch die Agonie, die Planlosigkeit und Einfallslosigkeit und den Mangel an Phantasie und Gestaltungskraft bei der Bundesregierung, sie haben den Rechtsradikalismus zur Massenbewegung in Deutschland gemacht.

Seien wir uns darüber klar: Geordnete Staatswesen tragen die Folgen sozialer Krisen und die großen Perioden der Arbeitslosigkeit nur wirtschaftlich. Aber im Entstehen begriffene Demokratien tragen diese Krisen in ihren Folgen nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern vor allem politisch. Darum ist der Kampf um die soziale Struktur unseres Volkes der entscheidende Teil des Kampfes gegen den Rechtsradikalismus und für die Etablierung der Demokratie in Deutschland.

Die Rechtsparteien versuchten nun, den Prozeß der weitgehenden Zerstörung und noch weitergehenden Deformierung der Wirtschaft, bei der die Zerreißen Deutschlands eine große Rolle spielt, auf dem Wege über eine Agitation, die psychologisch und sozial weiter deformierend wirkt, zur politischen Deformierung, ausgedrückt durch die extremen Rechtsparteien, auszunützen.

Die Großbürger in Deutschland und in Europa haben nichts aus den furchtbaren Lehren der letzten Zeit gelernt. Nicht einmal die Tatsache, daß Rotchina entstanden ist als das Ergebnis unterlassener sozialer Reformen, hat sie auf den Damm gebracht. (Sehr richtig!)

Für die Akteure, die in gewollter Unbelehrbarkeit den Herrschaftsanspruch der Arbeitsunwilligen und der zur Sachlichkeit Unfähigen anmelden, ist doch die heutige demokratische Periode bloß der heute noch leere Zwischenraum zwischen zwei Diktaturen. Sie beklagen, daß die vergangene Diktatur nicht geschickter war, beschwören die kommende Diktatur, die ihre eigene Diktatur sein soll, geschickter und praktischer zu machen. Die Hauptziele der Agitation dieser Gruppen sind doch die vom Leben Abgedrängten und Entrechteten.

Es besteht Gefahr für den demokratischen Staat, wenn die bisherige Methode der Bundesregierung angewandt wird, die vom Leben Bedrängten, die um Hilfe rufen, als einen Haufen lästiger Anspruchsheber zu behandeln. Das letzte Beispiel bietet doch wohl, was psychologisches Mißgeschick und bürokratische Wahnvorstellung von der eigenen Bedeutung und der Unwertigkeit der anderen Menschen angeht, die Behandlung der Heimkehrer.

Seid doch darüber im klaren: Wir haben ein großes Recht und erfüllen eine unerläßliche Pflicht, wenn wir

die Stimme für die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen erheben! (Beifall.)

Aber zeigen wir doch, bitte, mehr seelische Aufgeschlossenheit, Bereitschaft und Leistung in der Behandlung derjenigen, die bereits aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind.

Und lassen wir uns von demselben Geiste bei der Behandlung der Kriegsoffer tragen. Sehen Sie, ich spreche für ein neues Bundes-Versorgungsgesetz, für ein neues Schwerbeschädigten-Unterbringungsgesetz sowie für eine Reihe anderer Gesetze sozial-fürsorgischen Charakters.

Aber seid Euch ebenfalls im klaren: Sozialpolitik und Fürsorgepolitik ist unentbehrlich, gut und notwendig. Aber sie ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist doch der Einbau aller Menschen mit verringerten Lebenschancen in den Produktionsprozeß. (Sehr richtig!) Das sind die Kriegsoffer. Aber das sind auch die Heimkehrer, und das sind die Vertriebenen aus dem Osten. (Beifall.)

Aber ich will noch etwas sagen: Wenn ihr eine reduzierte Arbeitskraft eines körperversehrten Kriegsbeschädigten an die richtige Stelle im Produktionsprozeß einbaut, leistet er in fast allen Fällen fast dasselbe wie ein Gesunder. Und wenn wir die wirtschaftlichen und finanziellen Aufwendungen für die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes für einen Ostvertriebenen betrachten, ist die Ausgabe nicht größer, als es die Kosten für die Wiederherstellung eines zerstörten Arbeitsplatzes eines Einheimischen sind.

Vergeßt dabei nicht: Konzentriert unsere politische Kraft nicht auf den Appell an den Gruppenegoismus, konzentriert sie auf eine Politik der Gemeinsamkeit aller Geschädigten.

Hier ist die Linie der Gemeinsamkeit mit den Lohn- und Gehaltsempfängern, die heute im realen Lohn und bestimmt im relativen Lohn, das heißt im Anteil der Arbeitslöhne gegenüber dem ganzen Sozialeinkommen, ebenfalls betroffen sind.

Gegenseitige Impulse und Organisierung und Durchdringung der Massen im Sinne der gegenseitigen Solidarität können hier von entscheidender Bedeutung werden.

Nun, Genossinnen und Genossen, wird dieser Prozeß des Hereindringens unter nationalistischen Vorzeichen auch getragen von den Kommunisten. Wenn ich sage, von den Kommunisten, meine ich nicht allein oder in erster Linie die Kommunistische Partei. Wir sollten einmal über kurz oder lang uns doch entschließen, die Infiltration der angeblich unpolitischen Organisationen und der deutschen Rechtsparteien durch die Kommunisten dem kritischen Urteil der Öffentlichkeit zu übergeben. (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich will hierbei nur darauf hinweisen, daß ja die Kommunisten auch eine wunderbare geistige Ahnenreihe des Nationalbolschewismus, des Nationalkommunismus und, ich möchte sagen: des nationalistischen Militärkommunismus haben.

Sie, Genossinnen und Genossen, erinnern sich doch, daß in der Weimarer Republik das Jahr 1923 die praktische Geburtsstunde eines deutschen Nationalkommunismus als Ausfluß der Karl-Radek-Politik gewesen ist. Und Sie wissen ja, was danach gekommen ist.

Sie wissen ja, wie es von da zu Niekisch und Scheringer ging, zur Einheitsfront, zur Volksblockregierung, zum demokratischen Block der Ostzone und jetzt zur Nationalen Front der SEP-Kommunisten und ihrer bürgerlichen Satelliten.

Alle diese Kreise funktionieren bewußt oder unbewußt im selben System. Und wenn in den Reihen des Rechtsextremismus in Deutschland noch keine endgültige Sammlung und Klärung und keine, möchte ich sagen, gestaltende Führungspersönlichkeit herausgetreten ist, so seid euch auch alle darüber klar, daß alle von ihnen beseelt sind von den Spekulationen, die Herr Otto Strasser in einem Brief vom 13. Februar an einen Freund machte, in dem er, prophetischer Weisheit voll, erklärte, die Amerikaner würden jetzt die Sozialdemokraten mit in die Bonner Regierung hineinziehen — „Du ahnungsvoller Engel, du!“ (Gelächter.) Jetzt zitiere ich den Brief Herrn Otto Strassers wörtlich: „Sie werden sehen, wie gern die SPD an die

Futterkrippe geht, und wie undemokratisch sie dann regieren wird. Rabbi und Mönch bilden eine besonders widerwärtige Koalition. Andererseits ist für die Zukunft gut, wenn sich die SPD jetzt mitruiniert und nicht später die Rolle einer nationalen Oppositionspartei spielen kann. Auf diese Weise gerät sie völlig in die sichere Pleite von Bonn hinein.“

Nicht wichtig ist der geringe Grad der politischen Denkkraft in diesem Urteil; wichtig ist die politische Absicht (Zurufe: Sehr richtig!) — bei dem Manövrierbeitrag dieser Richtung zur Gruppierung der deutschen Sozialdemokratie in ein bestimmtes politisches System.

Alle diese Rechtskreise sind besessen von einer neuen Elitetheorie. Sie glauben, Elite zu sein. Aber sie sind nicht Elite der Leistung, sondern sie sind eine selbsternannte und selbsterwählte Elite frecher und dummdreister Anspruchsteller. (Beifall.) Sie negieren alles, aber sie predigen den Mythos ihrer eigenen Klasse und erkennen nichts an als sich selbst. Wenn wir die Bewegungen einmal untersuchen: Die Rechtsparteien, die Kombinationen zwischen Rechtsparteien, die Gruppierungen, die die Absicht haben, Parteien zu werden, die sogenannten Unabhängigen, die das Abhängigste sind, was es gibt, denn sie sind von einzelnen Geldgebern abhängig, und die Untergrundorganisationen — dann findet im Moment das größte Interesse die Hintergrundorganisation etwa ausgedrückt durch das Wort „Bruderschaft“. Die Menschen sind nicht interessant. Und ob da ein früherer Gestapoagent höhere Geschichtsphilosophie betreibt und Feldmarschälle ihn dabei als Kameraden betrachten — das ist eine Angelegenheit des persönlichen Reinlichkeitsbedürfnisses, in die mischen wir uns nicht ein. Aber, Genossen, die Konzeption ist doch, aus der Tatsache eines früher innegehabten höheren militärischen Dienstgrades jetzt die Berechtigung für einen politischen Führungsanspruch herzuleiten. (Zurufe: Sehr richtig!) Seien wir uns darüber nicht im unklaren, diese Hintergrundleute haben auch auf viele enttäuschte junge Menschen, die genau wissen, daß das Dritte Reich das Verderben und das Unglück war, jetzt noch einen gewissen Einfluß. Darum möchte ich warnen vor der demokratischen Selbstgenügsamkeit, immer nur den Nachwuchs zur Führung und Leistung und Heranziehung in den eigenen Reihen zu suchen. (Beifall.) Ich spreche von der Offenheit gegenüber den Trägern des Geistes, den Intellektuellen, dem Mittelstand, den Kleinbauern, aber ich spreche von etwas anderem auch noch und vornehmlich. Es gibt auf die Dauer keine Demokratie mit Massenunterschieden von zweierlei Staatsbürgern. Und wenn es unsere Pflicht ist, gegen die Schuldigen, gegen die Nutznießer und Profiteure des Nazismus vorzugehen, dann ist es unsere Pflicht, den Irrenden, besonders den aus Idealismus Irrenden der jüngeren Generation, mehr aktive Teilnahme zuzuwenden als bisher. (Starker Beifall.)

Sie sehen doch jeden Schwerindustriellen, Schwerverdiener, Großverdiener und Profiteure des Krieges und des Dritten Reiches heute wieder in Deutschland enorm in unbekanntem Umfang verdienen. Sie sehen diese Leute auch bereits wieder, wie sie in internationalen Kartellen begrüßt werden und verdienen. Sie sehen maßgebende Beamte des Dritten Reiches auf ebenso maßgebenden Stellen der Bonner Bundesregierung. (Sehr richtig! Hört!) Und Sie sehen, daß diejenigen, die nicht gestaltet haben und deren Wollen ebenso sauber war, wie die Praxis der herrschenden Horde im Dritten Reich unsauber und blutig war, die sehen wir auf einmal als unverbesserliche Nationalisten und Militaristen und Naziaktivisten abgedrängt. Nein, nein, zur Gerechtigkeit gehört etwas mehr Hineinfühlen und etwas mehr Abwägen, als es in Deutschland üblich ist. Wir müssen allen diesen jungen Menschen helfen — sie nicht nur allein schützen vor dem Entnazifizierungsprozeß — ein Schutz, der praktisch heute leider noch manche Lücke aufweist, auch bei den Heimkehrern; ein Problem, auf das ich hier ausdrücklich hingewiesen haben möchte. Wir müssen ihnen nicht nur helfen bei der Öffnung des Weges zur beruflichen Befriedigung, sondern wir müssen erkennen, das Problem hat sich von dem Schützen und Helfen im naiven Sinne des Wortes längst weiterentwickelt. Heute geht es darum, die Parteivergangenheit junger Idealisten, die militärische, auch berufsmilitärische Tätigkeit junger Soldaten in einem Volk, in dem alle jungen Leute Soldat waren, nicht zur Diffamierung und Degradierung persönlicher Konkurrenz auszunützen. (Sehr gut! Beifall.) Heute wissen wir, wir können keinem einzelnen die Verpflichtung zur inneren Umkehr und Abkehr abnehmen, und wir wissen bei keinem einzelnen Menschen, inwieweit das der Fall ist. Aber wir haben nicht das Recht, wohlmeinende, vom Arbeitsdrang und Gestaltungswillen ergriffene Menschen abzudrängen vom Leben und von der Geltung im Leben der Politik. (Beifall.) Kein Volk hat das Recht, das politische Menschheitsvermögen, das in dem Idealismus von Millionen gutwilliger Menschen liegt, unbeackert beiseitezulassen. Jeder Demokrat hat aber die Pflicht, die Erziehung zur Demokratie und die Funktion und die Geltung in der demokratischen Politik

auch für diese jungen Menschen freizumachen. (Beifall.)

Es wird heute kaum jemand mehr umworben als die nachrückende und nachdrückende Generation, und ich möchte dabei sagen, daß nicht nur der extreme Rechtsradikalismus, sondern auch ein Teil der bürgerlichen Mittelparteien und der Regierung einmal versuchen, diese Kräfte heranzuziehen, aber auch versuchen, die Unbelehrbaren, im speziellen die Militär-Eliten, die heute politische Ansprüche erheben, für sich zu aktivieren, bzw. die Eliten machen den Versuch, in den weichen Körper der Regierungsparteien hineinzugehen und ihre Meinung zu gestalten.

Und das ist gar nicht so schwer, denn Berührungspunkte ergeben sich in der gemeinsamen Verantwortung für die Autorität. Wenn wir heute Theorie und Praxis der Bundesregierung anschauen, dann werden Sie sehen, es ist da mehr vom Geiste Wilhelms II. und von dem Austrofaschismus der Dollfuß und Schuschnigg lebendig als einer lebendigen deutschen Demokratie gut tut. (Sehr richtig.) Wir erleben ja den Versuch, das Parlament permanent zurückzudrängen, zugunsten der autoritären Führungsansprüche der Regierung, und die Theorie von der Prärogative der Regierung aus eigenem Recht ist die Verleugnung der parlamentarischen Demokratie — des Prinzips, auf dem das Bonner Grundgesetz beruht. Aber das Vorgesetztenverhältnis zwischen Regierung und Parlamentariern bedeutet den Weg zum autoritären Staat mit einem Maximum von Einhaltung legalistischer Gesten. Wir sehen ja, daß der Kampf gegen den Rechtsextremismus von der Regierung nicht geführt wird, und wenn sie jetzt durch den Druck der Sozialdemokratie und durch ängstliche Seitenblicke auf die außenpolitische Situation endlich zu einem Gesetz kommt oder zu einer Reihe von gesetzlichen Bestimmungen, die das Gesetz gegen die Feinde der Republik, wie es die Sozialdemokratie vorschlägt, ersetzen sollen — nun, dann will ich jetzt über den Inhalt nicht reden. Ich will bloß sagen, in den Händen, wie sie heute die öffentliche Ordnung und besonders die Justiz in Deutschland zu wahren haben, wird möglicherweise kein Gesetz funktionieren, und deswegen gilt es für uns, permanent auf dem Posten zu sein. Sehen Sie, die Kritik des Parlaments an der Regierung beantwortet die Regierung nicht durch Erklärung des Mangels ihrer Leistungen und Besserwerden in ihren Leistungen, sondern sie beantwortet sie durch eine Kritik am Parlament. Wenn Sie einmal die praktische Methodik der Bundesregierungspolitik und der Parteien dieser Bundesregierung im Bundestag betrachten, dann werden Sie sehen, daß entweder im Plenum oder den Ausschüssen von dieser Seite das Budgetrecht im Parlament, das Kontrollrecht, Initiativrecht und das Interpellationsrecht weitgehend verweigert wird. Heute spielen sich Kämpfe zwischen der Regierung und der Opposition ab, die bei einem Parlament, das seinen eigenen Wert und seine eigenen Notwendigkeiten erkannt hätte, Kämpfe sein müßten zwischen Regierung und Parlament. Die vorgerückte Zeit zwingt mich, die beabsichtigte Untersuchung der Justizkrise in ihren objektiven Voraussetzungen zu unterlassen. Nur eins will ich sagen: Wir müssen mit allen Kräften kämpfen und können und dürfen um den Preis des Zusammenbruchs des demokratischen Staatslebens nicht zulassen, daß mit juristischen Mitteln das Recht gebeugt wird und Unrecht und das Verbrechen der 12 Jahre zu einem schutzwürdigen Bestandteil des öffentlichen Lebens von heute gemacht wird. Wir müssen uns solidarisch erklären mit allen Widerstandskämpfern im Innern und allen Emigranten, die von außen das Dritte Reich bekämpft haben, denn jede Handlung gegen die blutige Gewaltherrschaft war eine Handlung für den Frieden, für die Menschheit, war eine nationale Verpflichtung, um Menschenleben zu retten und Werte zu erhalten. (Beifall.)

Auch die politische Methode der Regierung in ihrer Planlosigkeit, ihrer Konzeptionslosigkeit, ihrem Unvermögen des Geistes zu erkennen und danach zu handeln, und in der Unzuverlässigkeit gegenüber eigenen Versprechungen, will ich im einzelnen nicht mehr diskutieren. Nur eins sei gesagt, der Bundeskanzler hat der Leitung der Opposition versprochen, keinen Schritt zu unternehmen in Sachen des Saargebietes und der Europafrage, ohne die Opposition vorher zu informieren.

Am Montag, dem 16., hat der Bundeskanzler einen höheren Beamten zu mir geschickt; er kam gegen 17 Uhr bei mir an und erklärte mir, am nächsten Tage würde der Bundeskanzler den Eintritt Deutschlands in den Europarat im Kabinett durchsetzen. Also nichts vorher gesagt. Als ich das Radio andrehte, erfahre ich, daß schon eine Stunde, bevor der Beamte zu mir sprach, der Bundeskanzler auf dem CDU-Parteitag, also öffentlich, den Beitritt Deutschlands zum Europarat angekündigt hatte. (Hört, hört!)

Nichts sollte in der Saarfrage geschehen ohne unsere Zustimmung. Die zweite Saarnote ist abgeschickt

worden, ohne daß wir unterrichtet wurden. Es ist vielleicht in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie eine Einmaligkeit, daß ich erklären muß: Ich kenne heute noch nicht den Inhalt der Saarnote, die die Bundesregierung vor mehr als 14 Tagen abgesandt hat!

Nun sagen unsere Kritiker, die Sozialdemokratie sei negativ. Jawohl, die Sozialdemokratie hat „Nein“ gesagt, aber immer war es zu gleicher Zeit ein realistisches, positives, durchdachtes „Ja“.

Sie hat Nein gesagt zur Oder-Neiße-Linie. Damals hätten viele Leute, auch in der deutschen Politik, gewünscht, daß wir Ja sagten. Vielleicht wünschen viele Leute das auch heute noch. Wenn wir Nein gesagt haben, dann haben wir Ja gesagt zum freien Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch des deutschen Volkes, auch nach dem Verbrechen der zwölf Jahre. (Beifall.) Aber was wäre, wenn wir Ja gesagt hätten? Wo wäre heute die humanitäre und nationalpolitische Legitimation der deutschen Demokraten, wenn wir Ja gesagt hätten?!

Wir haben Nein gesagt zum Verlangen der Sowjets auf Zwangsvereinigung mit den Kommunisten. Wir haben damit Ja gesagt zur Unverzichtbarkeit der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit. Was wäre aus Deutschland geworden, wenn wir Ja gesagt hätten? (Sehr gut!)

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zu einer Reihe von Forderungen der Alliierten, besonders in einer Gruppe von Forderungen vom 2. März 1949 zum Bonner Grundgesetz. Wir haben damit Ja gesagt zum deutschen Staat, und die Bundesrepublik mit der Durchsetzung dieses Ja überhaupt erst lebensfähig gemacht. Was würde denn die Bundesregierung tun, wenn ihre Politik im März/April 1949 gesiegt hätte und nicht der 20. April 1949 überhaupt erst die Grundlage für jede deutsche Staatspolitik geschaffen hätte? (Beifall.)

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zum Ruhrstatut. Sie hat damit Ja gesagt zum Gedanken der internationalen Sozialisierung und der nationalen Sozialisierung. Sie hat damit Ja gesagt zu dem gleichen Recht des deutschen arbeitenden Menschen, sein wirtschaftliches Schicksal selbst zu bestimmen, wie es jeder andere auch hat. Wie wäre die nationale Diskussion, wenn wir zusammen mit dem großen Kapital von vornherein Ja gesagt hätten? Über welche Probleme würde man denn heute diskutieren?

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zum Petersberger Abkommen. Sie hat damit Ja gesagt zu der Pflicht der Wiedergutmachung durch die Deutschen. Die Sozialdemokratie hat Ja gesagt vor allem zur internationalen Solidarität der Vernunft in der Demokratie. Wenn wir zum Petersberger Abkommen Ja gesagt hätten, dann wäre nicht nur die Regierung bloßgestellt, dann wären nicht nur die Alliierten mit der Erfolglosigkeit des Abkommens belastet, sondern wir hätten uns blamiert. Die Solidarität der Blamierten schätzen die Sozialdemokraten nicht.

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zur rechtswidrigen, machtpolitischen eindeutigen Herauslösung des Saargebietes aus dem deutschen Staatswesen. Sie hat damit Ja gesagt zu dem unverzichtbaren Grundrecht und der Gleichberechtigung aller Deutschen gegenüber allen anderen Völkern. Wenn sie im Westen hier zu diesem Vorgang Ja gesagt hätte, dann wäre der Kampf im Osten entscheidend geschwächt worden.

Es gibt eben keine Politik verschiedener Graduierungen, es gibt Dinge der politischen Moral und des Rechts, die kann man nicht beschneiden und die kann man nicht für verschiedenen Gebrauch in verschiedenen Preislagen führen. Genossen, ein Prinzip der Politik ist nicht die Agitation des Gemischtwarenladens und des Warenhauses. Prinzipien sind unvertauschbar und unauswechselbar. Und diese Prinzipien und ihre Hochhaltung, sie üben die magnetische Kraft auf die unterdrückten Menschen des Ostens aus.

Wahren wir diese Prinzipien nicht mehr, dann wissen die versklavten Menschen des Ostens nicht, an welchem realen und erkämpften Ideal sie ihren Mut wieder hochranken sollen.

Und die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zu dem Ersatz-Europa von Straßburg, unter den Modalitäten der Heranziehung des Saargebietes. Sie sagte damit Nein zu allen konservativ-, klerikal-, kapitalistisch-kartellistischen Versuchen, ein Europa zu schaffen, das aus seiner kapitalistischen Struktur und seinem

Mangel an Demokratismus und sozialer Potenz ein leichtes Opfer des östlichen Ansturms wäre.

Sie sagt aber aus ganzem Herzen Ja zu dem Europa der gleichberechtigten, freien Völker. Würde die Sozialdemokratie jetzt Ja sagen, dann wäre sie der Taufpate des neuen, kommenden Massennationalismus in Deutschland. Ihre Aufgabe aber ist, durch Wahrung der nationalen Rechte den Nationalismus unmöglich zu machen und ihn unter Zustimmung des ganzen Volkes zerschlagen zu können. Die deutsche Sozialdemokratie hat oft Ja gesagt, 1945, ihre Leistungen in den Gemeinden, in den Kreisen, in den Ländern sprechen diese Sprache. Sie hat Ja gesagt zu jedem positiven, sozialen und wirtschaftsfördernden Gesetz, sie hat Ja gesagt zu jeder Festigung der demokratischen Politik. Und wie sehr sie Ja gesagt hat, wird Ihnen Ollenhauer ja wohl in seinem Referat über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion erzählen.

Aber die Sozialdemokratie sagt Ja zu dem Versuch, durch Menschwerdung der Arbeit die Demokratie krisenfest zu machen. Sie sagt damit Ja zu dem Wunsch der arbeitenden Massen, repräsentiert durch die Gewerkschaften, das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht in den Betrieben durchzuführen. Wir sind der Meinung, daß dieses wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht in dem Prozeß der großen klassenpolitischen Auseinandersetzung in allernächster Zeit schon eine ähnliche Rolle spielen wird, wie der Kampf um das allgemeine Wahlrecht zu Zeiten Ferdinand Lassalles. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen, und wenn die Gewerkschaften in den Aufsichtsräten und Wirtschaftsbeiräten der Unternehmungen vertreten sein sollen, dann ist das doch kein Privileg der Gewerkschaften, sondern dann ist das ein Anspruch der Arbeitnehmer im Betrieb. Sie haben das Recht auf Vertretung durch die Organisationen ihrer Klasse, mit aller Kenntnis und dem ganzen wissenschaftlichen und erfahrungsmäßigen Apparat der Organisationen dieser Klasse. Die andere Seite kennt ja im Aufsichtsrat nur betriebsfremde Elemente, das schreibt ja das Handelsgesetzbuch vor. (Sehr richtig, starker Beifall.)

Die andere Seite organisiert doch die Wirtschaft so, daß die Manager sich gegenseitig zu Aufsichtsräten ernennen und damit die kollektive Solidarität der Ausbeutung und des Unternehmertums gegenüber einer Arbeiterschaft etablieren, die sie, betriebsisoliert, leicht gängeln möchte. Und sie übersehen dabei, daß dieser opportunistische Betriebspatriotismus wohl in ruhigen Zeiten einem Teil von ihnen eine gewisse Chance geben kann, daß aber in Zeiten umgestaltender krisenhafter Verhältnisse daraus oft ein ebenso primitiver, revolutionistischer Syndikalismus entstehen kann, der nicht nur den Staat, sondern die Wirtschaft gefährdet.

Es ist an der Zeit zu erkennen, daß dieser Regierung zum Regierenkönnen und Erfolg haben vor allem eins fehlt: die Gemeinsamkeit einer großen Erkenntnis und einer Überzeugung in Zielsetzung und Vorausschau. Dieser Mangel an Planung führt zum Mangel an Ideen, führt zum Mangel an Gestaltungskraft und führt zum Mangel an Leistung.

Die Sozialdemokratie kann sich nicht verbrauchen lassen im Dienste oder durch Miniaturkompromisse gegenüber diesen Plänen, Intentionen und Stellungnahmen. Die Sozialdemokratie kann der Regierung nicht die Priorität lassen, ihrerseits der große Initiator und Anreger zu sein, sondern die Sozialdemokratie muß selbst anregen, muß selbst vorausschauen — und muß das dokumentieren, auch parlamentarisch-gesetzgeberisch.

Wenn Sie die Geschichte der letzten acht Monate betrachten, und es tut mir leid, es sagen zu müssen, dann war es keine sehr schwere Aufgabe, in Erkenntnis, Geist und Tempo, einen nicht unbeträchtlichen Vorsprung vor der Bundesregierung zu haben.

Die Sozialdemokratie als eine Partei, die um den Preis der Selbstzerstörung nicht darauf verzichten kann, die Welt nicht nur verbal anders zu interpretieren, sondern immer wieder anzustürmen, um nach einer großen zentralen Idee die Welt entscheidend zu verändern — und ich glaube, die Welt ist international, sozial und national verdammt veränderungsbedürftig —, diese Sozialdemokratie ist nicht im luftleeren Raum.

Genossen, in der Diskussion soll jeder sein Argument vortragen, aber niemand sollte sagen, daß wir gewisse Realitäten nicht sehen. Wenn Ihr uns einen Vorwurf machen könnt, dann ist es vielleicht der, daß wir uns

von manchen Realitäten sehr stark bedrücken lassen. Aber wir können und dürfen unsere Aufgabe nicht als eine Last empfinden, sondern diese muß uns einen Stolz darauf geben, daß es uns erlaubt ist, unter dieser geistigen Fahne für diese menschlichen Ziele als Volk und als Klasse kämpfen zu dürfen. Und wenn wir uns schon in der einen oder anderen Frage irren, unsere feste Überzeugung ist, daß unsere große Linie richtig ist.

Eins sollen wir nie vergessen: wir wollen uns durch keine Gewalt der Welt zwingen lassen, etwas für richtig zu erklären, von dem wir genau wissen, daß es falsch ist.

Eins müssen wir immer tun: wir müssen in jeder Situation den Mut haben, für die eigene von uns erdachte positive Konzeption einzutreten.

Es gibt nur eine Wahrheit und Freiheit für alle Menschen, das ist die Grundlage unserer Politik in unserem Lande und in den internationalen Zusammenhängen gegenüber unseren sozialen Verpflichtungen.

Genossinnen und Genossen: Eine Wahrheit und eine Freiheit! (Minutenlang anhaltender starker Beifall.)